

**DEPARTEMENT
VOLKSWIRTSCHAFT UND INNERES**

11. September 2024

FRAGEBOGEN ZUR ANHÖRUNG

Gesetz über die politischen Rechte (GPR); Änderung

Anhörungsdauer

Die Anhörung dauert vom 20. September 2024 bis 15. Januar 2025.

Inhalt

Mit der vorliegenden Teilrevision des Gesetzes über die politischen Rechte (GPR) vom 10. März 1992 sollen die Fristen bei Stimmrechts-, Wahl- und Abstimmungsbeschwerden von 3 auf 10 verlängert. Einzig bei zweiten Wahlgängen wird vorgesehen, die Frist bei 3 Tagen zu belassen. Insbesondere bei Ständerats- und Regierungsratswahlen würden sich längere Fristen nachteilig auswirken. Aufgrund der engen Fristen, die bei diesen Wahlen zwischen dem Urnengang und dem Amtsantritt bestehen, muss in diesen Fällen so rasch wie möglich Klarheit über den Ausgang der Wahlen geschaffen werden. Der Übersichtlichkeit und Einfachheit halber sollen alle zweiten Wahlgänge der gleichen Frist von 3 Tagen Beschwerdefrist unterstellt werden. Damit besteht eine einheitliche und bürgerfreundliche Regelung

Die vollständigen Unterlagen zur Vorlage und zur Anhörung sind zu finden unter www.ag.ch/anhörungen.

Auskunftsperson

Bei inhaltlichen Fragen zur Anhörung können Sie sich an die folgende Stelle wenden:

**KANTON AARGAU
Departement Volkswirtschaft und Inneres**

Martin Süess
Leiter Gemeindeabteilung
Gemeindeabteilung
062 835 16 41
martin.sueess@ag.ch

Besten Dank für Ihre Mitarbeit. Mit einem Klick auf die Schaltfläche "Weiter" gelangen Sie auf die nächste Seite.

Bitte beachten Sie: Diese Anhörung wird als eAnhörung durchgeführt. Ihre Stellungnahme reichen Sie bitte elektronisch via Smart Service Portal (www.ag.ch) ein. Wenn dies aus zwingenden Gründen nicht möglich ist, stellen Sie Ihre Stellungnahme postalisch zu:

Departement Volkswirtschaft und Inneres
Gemeindeabteilung
Frey-Herosé-Strasse 12
5001 Aarau
E-Mail: gemeindeabteilung@ag.ch

Kontaktangaben im Rahmen der Stellungnahme

Bitte geben Sie an, in welcher Rolle Sie an dieser Anhörung teilnehmen:

- Privatperson
- Organisation

Bitte notieren Sie Ihre entsprechenden Kontaktangaben:

Name der Organisation (*nur angeben, wenn Stellungnahme im Namen einer Organisation erfolgt*):

Vorname:

Nachname:

E-Mail:

Fragen zur Anhörung

Frage 1

Sind Sie mit der grundsätzlichen Verlängerung der Fristen bei Stimmrechts-, Wahl- und Abstimmungsbeschwerden von 3 Tagen auf 10 Tage einverstanden (vgl. § 68 Abs. 1 GPR)?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 2

Sind Sie damit einverstanden, dass die Fristen bei Beschwerden gegen zweite Wahlgänge bei 3 Tagen belassen werden (vgl. § 68 Abs. 2 GPR)?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Frage 3

Sind Sie mit der Verlängerung der Fristen bei Stimmrechts-, Wahl- und Abstimmungsbeschwerden in zweiter Instanz von 5 Tagen auf 10 Tage einverstanden (vgl. § 71 Abs. 2 GPR)?

Bitte wählen Sie eine Antwort aus:

- völlig einverstanden
- eher einverstanden
- eher dagegen
- völlig dagegen
- keine Angabe

Bemerkungen:

[Text]

Schlussbemerkungen:

[Text]
